

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: SW. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 295  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung  
Geschäftszeit 9-5 Uhr  
Verleger: Dornbros-Verlag GmbH.  
Berlin SW. 68, Cindencstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

### Ein Appell des Reichskanzlers.

Außenminister Stresemann über die Verhandlungen mit Frankreich.

Auf einer Veranstaltung des Vereins Berliner Presse, die gestern im Reichstag stattfand, ergriffen Reichskanzler Dr. Marx und Außenminister Dr. Stresemann das Wort zu längeren politischen Ausführungen.

Reichskanzler Dr. Marx erinnerte daran, daß sich bald der Tag jährt, an dem das Ruhrgebiet besetzt worden ist. Damit haben wir Deutschland die Fulsadern unterbunden und es von seinem Herzen getrennt, das wirtschaftliches, finanzielles Blut durch die Adern des Reiches treibt. Unabsehbares Elend hat Deutschland hinter sich; aber der Höhepunkt ist noch nicht überschritten. Wir haben, so sagte der Reichskanzler, „Wochen vor uns, die vielleicht schlimmste Anforderung an die Charakterfestigkeit des gesamten deutschen Volkes und aller seiner Schichten stellen werden, als man die Epochen der verflochtenen Kriegezeit.“ Die Regierung sei entschlossen, alles daran zu setzen, um Deutschland wieder aus der tiefen wirtschaftlichen Not herauszubringen. Aber wenn man Deutschland retten wolle, dann müsse man auch vom Volk Opfer bis zur äußersten Grenze verlangen.

Reichsaußenminister Stresemann führte u. a. aus, ein halbes Jahrzehnt sei vergangen, seit der Weltkrieg zu Ende gegangen sei und doch habe Deutschland

noch immer keinen Frieden.

Oberbedeute etwa die Lage, in der sich Deutschland befindet, Frieden und Freiheit? Wenn man sich mit dem Ruhrkampf beschäftigt, so dürfte man nicht nur daran denken, was kurz vor dem 11. Januar geschehen sei, sondern müsse sich daran erinnern, daß die deutsche Regierung auf den Konferenzen in London und Paris alles getan habe, um zu einer Verständigung zu gelangen. Obwohl Deutschland verstoßen wurde, habe es sich in den Gedanken der Sicherheiten Frankreichs gegen einen deutschen Anmarsch hineinzufühlen, sei der Einmarsch ins Ruhrgebiet erfolgt. Man mache es heute Deutschland zum Vorwurf, daß es, obwohl es behauptete, keine Mittel zu haben, den Ruhrkampf finanziert habe. Aber alle diese Riffen seien nicht zu berechnen. Sie seien zum Teil zu hoch veranschlagt worden, und es sei zweifellos, daß es ein großer Teil des Volkswohlstandes, der dem deutschen Reich nach dem Frieden von Versailles noch geblieben war, in diesem Jahr zerstört worden sei. Und die Zerstörung gehe weiter in die Zukunft, die vor uns liegt. Habe nicht außerdem dieselbe Regierung, deren Verständigungsangebote abgelehnt wurde, während des Kampfes sich in einem Memorandum bereit erklärt, weitgehende Verpflichtungen unter Verpfändung von Eisenbahnen, Grundbesitz und deutscher Wirtschaft zu einer Lösung des Reparationsproblems auf Goldbasis beizutragen? Sei es in der Geschichte eines großen Volkes erhört, daß es auf einen effizienten Vorschlag ohne Antwort blieb?

Als die deutsche Regierung sich zu dem schweren Entschluß durchgerungen habe, den Kampf abzubrechen, da habe man dies in der guten Meinung getan, daß die Folge davon internationale Verhandlungen sein würden. Das sei

bis auf den heutigen Tag noch nicht

geschehen.

„Zu meinem Bedauern.“ so sagte der Kanzler wörtlich, „sind noch nicht feste Aussichten dazu gegeben, und die Demarche der deutschen Regierung bei dem französischen Ministerpräsidenten hat zu dem Einwand geführt, der passives Widerstand ist immer noch nicht beendet, da die Militärkontrolle in Deutschland noch nicht wieder eingeführt sei. (Tiefe Bewegung.) Doch die deutsche Abströmung in einem Maße durchgeführt ist, wie noch nie bei irgendeinem Volke, daß wir weniger in der Lage sind, uns gegen irgendein Land zu wehren als manches kleine Volk, das steht so fest für jeden, der sehen will, daß wirklich an dieser Tatsache kein Zweifel erlaubt ist. Wenn wir heute in voller Ueberzeugung unserer Verantwortung uns gegen die Wiederaufnahme der Kontrolle gewehrt haben, und zwar aus dem Grunde des Schutzes derjenigen, die diese Kontrolle vorzunehmen haben, so darf man auf der anderen Seite fragen: Ist denn bei euch die Erregung des Volkes eine so große, daß wir nicht mehr in der Lage sind, solche Kontrollhandlungen vorzunehmen? Ich möchte nach Wahrheit und Gerechtigkeit antworten: Jawohl, die Erregung ist so groß, daß wir die Verantwortung für Leben und Sicherheit derjenigen, die die Kontrolle vorzunehmen, heute nicht übernehmen können. Ich schäme mich daraus keine Anklage gegen das deutsche Volk, ich bewundere vielmehr die Besonnenheit des deutschen Volkes nach den Demütigungen, die man ihm jahrelang zuerzueilt hat, wie keinem anderen Volke.“ (Beifälliger Beifall und Händeklatschen.)

Die besetzten Gebiete würden auch heute noch als okkupiertes Kriegsgebiet

behandelt, ohne daß ihnen die Rechte zugesprochen würden, die okkupierte Kriegsgebiete auch nach dem geltenden Völkerrecht haben. Eine Regelung des Verhältnisses der besetzten Gebiete sei aber nicht. Wie sollte z. B. die Kommission, deren Aufgabe es sei, die deutsche Leistungsfähigkeit zu überprüfen, diese Leistungsfähigkeit festzustellen, wenn nicht vorher Klarheit darüber besteht, wie es sich mit Rhein und Ruhr verhält. Deutschland seinerseits habe niemals die Legalität des Ruhrbruchs anerkannt und werde es auch niemals tun. Er hoffe, daß sich die Sachverständigenkommission gründlich von dem Stand der deutschen Finanzen überzeugen werde und er könne im Einverständnis mit dem Reichsaußenminister erklären, daß die deutsche Regierung ihre Bücher vollständig offenlegen werde. Was die Frage der Kapitalflucht aus Deutschland anbetrifft, so sei es zweifellos, daß Leute, die er als Elende bezeichnen würde, ihr Vermögen ins Ausland gebracht haben, um sich der Besteuerung zu entziehen und von der Volksgemeinschaft des deutschen Volkes zu trennen, aber die Vorstellungen, die man von diesen Kapitalflüchtlern habe, seien bei weitem übertrieben. Im übrigen werde es die deutsche Regierung nur begründen, wenn man ihr einen Weg zeige, diese fremden Kapitalien zu erfassen. Aber um zu gesunden, brennende Deutschland nicht nur das entflozene Kapital, sondern vor allen Dingen

fremdes Kapital, sowie Frieden, Freiheit und Entwicklungsmöglichkeit.

Es gebrauche ferner eine feste Grenze, es gebrauche die Ausübung

souveräner Macht und Autorität. Aber gerade in diesen drei letzten Punkten sei gegen Deutschland vom Auslande her immer wieder gedrückt worden. Sei es ein Wunder, wenn unter diesen Umständen bei all der Not, dem Elend und der Bedrückung die Stimmung des Volkes zum Extremen getrieben werde?

Das deutsche Problem sei nicht allein ein deutsches. Auch für die Weltwirtschaft sei es verdräulich, wenn sich vom Rhein bis zum Ural tausende und tausendjährige Völker befinden. Heute sei Deutschland soweit, daß es die finanzielle Hilfe der ganzen Welt anrufen müsse, und es sei ihm eine angenehme Aufgabe, als deutscher Reichsaußenminister vor der großen Öffentlichkeit für all das zu danken, was in der ganzen Welt sich regt in einem Sich-Erinnern an Menschlichkeit gegenüber dem, was Deutschland durchmacht. Mit besonderer Freude begrüße er es, wenn diese Hilfe dem geistigen Deutschland gehe. Es sei kulturell notwendig, daß sich zwischen den großen Mächten von Kapitalismus und Proletariat ein geistiges Deutschtum erhalte, das sich von keinem Pflichtgefühl leiten lasse und sich keinen Idealismus bewahre.

Die Reden des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers wurden mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Die Rede Stresemanns mühte geradezu den Eindruck erwecken, als ob der deutsche Schritt in Paris wieder einmal als gescheitert anzusehen wäre, und zwar infolge der kategorisch formulierten Vorbedingung einer vollen Wiederaufnahme der Militärkontrolle. Sowohl aus den offiziellen Kommunikationen der beiderseitigen Regierungen, wie auch aus Mitteilungen, die uns zuteil wurden, geht aber hervor, daß zu einem vorläufigen Optimismus kein Anlaß vorliegt. Die Frage der Militärkontrolle scheint — wenigstens bisher — nicht die herausragende Rolle in den neu aufgenommenen Verhandlungen zu spielen, die man aus den pathetischen Redewendungen des Reichsaußenministers entnehmen mühte.

### Eine deutsche Darstellung.

Ueber den augenblicklichen Stand der neuen deutsch-französischen und deutsch-belgischen Besprechungen erzählt BTB noch folgendes:

Die schriftliche Antwort, die der französische Ministerpräsident dem deutschen Geschäftsträger in Paris in Aussicht gestellt hat, ist zur Stunde in Berlin noch nicht bekannt. Der voraussichtliche Inhalt läßt sich aber im wesentlichen aus der darüber veröffentlichten Hayes-Meldung vom 16. Dezember entnehmen. Wenn sich die französische Regierung danach vorbehält, über alle Fragen, die ihre Alliierten interessieren, zunächst mit diesen in Beratung zu nehmen, so entspricht das

ganz den Ansichten der deutschen Regierung

und dem Zweck, den sie mit ihrer neuen Demarche verfolgt hat. Die deutsche Regierung ist nicht nur an die französische und belgische Regierung herantreten, sondern hat von dem in Paris und Brüssel gestellten Antrag gleichzeitig die Regierungen in London und Rom benachrichtigt. Sie hat niemals einen Zweifel darüber gelassen und hat auch bei dieser Gelegenheit wieder in den Vordergrund gestellt, daß nach ihrer Ansicht die eigentliche Lösung des ganzen Komplexes der jetzt schwebenden Fragen nur einheitlich und

unter Beteiligung aller interessierten Mächte

gefunden werden kann. Andererseits darf aber nicht verkannt werden, daß neben der Einleitung des Gebotenaustausches über die endgültige Lösung der Reparationsfrage und der Rhein- und Ruhrfrage eine vorläufige Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten erfolgen muß. In dieser Hinsicht bemerkt die Hayes-Meldung, daß die französische Regierung in der Rhein- und Ruhrfrage an der von ihr veränderten Auffassung nichts zu ändern vermöge, insbesondere sich nicht bereit finden könne, die französischen und belgischen Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet oder die Rheinlandkommission ihrer Kompetenzen zu entziehen. Dieser Einwand ist nicht ohne weiteres verständlich. Wenn er in der französischen Antwort tatsächlich in dieser Form erhoben werden sollte, so mühte darauf geantwortet werden, daß die Besatzungsbehörden im Ruhrgebiet doch keine selbständigen internationalen Organe, sondern ausschließlich Exekutivorgane ihrer Regierungen

sind. Auch hinsichtlich der Rheinlandkommission ist zu beachten, daß ihre Verfügungen, die den jetzigen unhaltbaren Zustand im Rheinland geschaffen haben, lediglich auf die Weisungen der französischen und belgischen Regierung zurückzuführen sind und nicht einer selbständigen Initiative der Rheinlandkommission entstammen sind. Dementsprechend hat sich der französische Ministerpräsident nach der Hayes-Meldung ja auch bereit erklärt über einen Modus vivendi, auf dessen Herstellung es der deutschen Regierung sehr im Interesse der besetzten Gebiete zunächst ankommt, mit offiziellen Vertretern der deutschen Regierung zu verhandeln. Obwohl es sich bei diesen Verhandlungen nur um die Herstellung eines bis zur endgültigen Regelung geltenden Provisoriums handeln kann, würde die deutsche Regierung darin doch einen wesentlichen Fortschritt in der Entwirrung der gegenwärtigen Situation sehen.

Was die Bemerkung von Hayes betrifft, daß die Haltung Deutschlands

in Sachen der Militärkontrolle

ein Mangel an Realität in der Erfüllung des Vertrags von Versailles sei, so ist dieser Vorwurf nicht zu rechtfertigen. Deutschland hat sich gegen die Kontrolle als solche niemals gewehrt, obwohl tatsächlich ein materieller Anlaß für ihre Fortsetzung nicht mehr besteht. Seit der Aufgabe des passiven Widerstandes hat Deutschland auch zwischen französischen Kontrollorganen und anderen Mitgliedern der Kontrollkommissionen nicht mehr grundsätzlich unterschieden. Grobe aber, weil damit auf eine Wiederbelebung französischer Offiziere an den Kontrollhandlungen zu rechnen ist, muß mit Rücksicht auf die Stimmungsmäßigkeiten der Ruhrbesetzung vor einer Wiederaufnahme der Kontrolle zurzeit eindringlich gewarnt werden

(Siehe auch 3. Seite.)

### Das Mieterjoch.

Wie wir erfahren, steht ein Kabinettsbeschuß unmittelbar bevor, der die schon seit geraumer Zeit gerüchelte verfallenden weitreichenden Pläne der Regierung hinsichtlich einer grundlegenden Veränderung unserer ganzen Mietpolitik verwirklichen will. Die Grundgedanken dieser Verordnungen, die auf der Basis des Ermächtigungsgesetzes sofort nach erfolgtem Kabinettsbeschuß in Wirksamkeit treten würden, sind in großen Umrissen kurz folgende: Im Laufe einiger Monate soll ganz allgemein die Friedensgoldmiete errichtet werden. Danach sollen 50 Proz. den Hausbesitzern und 50 Proz. den Ländern und Gemeinden zustehen. Der ursprüngliche Plan, 25 Proz. den Ländern und 25 Proz. dem Reiche zugunsten einer Fortführung der Wohnungsbau-tätigkeit zu überlassen, ist fallen gelassen worden. Gleichzeitig soll auf dem Verordnungswege eine Aufwertung von Hypotheken grundsätzlich ausgeschlossen werden. Die Heranziehung der Besitzer von Eigenhäusern zu der Mietzinssteuer soll in das Belieben der Länder gestellt werden.

Die Wohnungs- und Neubaupolitik des Reiches steht in schwankender Zeit durchaus unter dem Zeichen schwankender Gesinnung, und so mühte es kommen, daß nicht nur die Wohnungswirtschaft in sich zusammenbrach, sondern auch die Wohnungswirtschaft unter ein kapitalistisches Joch gezwängt wurde, das für die Mieterschaft direkt und für die Gewerkschaften und politischen Parteien indirekt einseh-unhaltbar werden muß.

In seiner Programmarede vom November dieses Jahres hat der Reichsfinanzminister auf den „Hohlraum“ in unserer Wirtschaft hingewiesen, der durch die niedrigen Mieten entstanden ist und nun zugunsten des Steuerfiskus ausgeschöpft werden soll. Aus diesem Hohlraum wollte er die Reichsrentenbank stützen, die Reparationsschulden bezahlen, den Ländern und Gemeinden eine neue Steuerquelle erschließen, „sonstige allgemeine Belastungen finanzieren“ und schließlich auch die Wohnungswirtschaft in Ordnung bringen. Und das alles mit derselben Mietssteuer, die bereits Dr. Luther als Generalsekretär des Deutschen Städte-tages im Jahre 1917 als die „unsozialste Steuer“ bezeichnete, vor der er die Reichsregierung gewarnt hatte. So schwanken die Zeiten, und so schwanken Ansichten und Erkenntnisse.

Die genauen Pläne der Reichsregierung sind zur Stunde, wo diese Pläne geschrieben werden, noch nicht veröffentlicht worden. Was indessen von diesen Plänen bisher bekannt-geworden ist, muß die gesamte Mieterschaft, wie die politischen Parteien und Gewerkschaften auf den Kampfplatz rufen. Es geht um den „Hohlraum“, um die „Erfassung der Sachwerte“, um die „Goldmieten“!

„Erfassung der Sachwerte?“ Das ist doch eine alle sozia-listische Forderung! Ja, aber bei der Wohnungswirtschaft handelt es sich um einen Hohlraum, der zunächst ausgefüllt werden muß, ehe das „Gold“ erfaßt werden kann. Und wer füllt diesen Hohlraum aus? Die Reichsregierung? Die Hausbesitzer? Nein, die Mieterschaft soll in diesen Hohlraum Goldmieten, d. h. Angestellte und Arbeiter sollen in diesen Hohlraum ihre Arbeitserträge hineintun, damit sie vom Reich, den Hausbesitzern und Hypotheken-afäubigern „erfaßt“ werden können. Die Erfassung der Sachwerte in der Wohnungswirtschaft ist nichts anderes als eine Erfassung der Arbeitserträge. Die arbeitenden Volksschichten haben die etwa 80 Goldmilliarden Hypotheken schon vor dem Kriege als Kapitalsubstanz erarbeitet und tausend verzinsen müssen. Nach der Revolution haben die Hypothekenaufbläher ihre Zinsen zum größten Teil wohl verloren. Die Mieterschaft hat aber hieraus keinen Gewinn gehabt, weil ihr das Einkommen um mehr als die Jahresmiete gekürzt wurde. Den Gewinn hatten die Produzenten und Exporteure, die dank der niedrigen Löhne und Mieten ihre Waren mit großem Gewinn auf den Weltmarkt bringen konnten. Nun aber soll die Mieterschaft die Hypothekenzinsen und das Hypothekenkapital zum dritten Male erarbeiten? Das wäre in der Tat eine eigenartige Erfassung der Sachwerte.

Was bedeutet diese Erfassung der Sachwerte? Die durch-schnittliche Friedensmiete in Groß-Berlin betrug für eine Wohnung jährlich etwa 400 Goldmark. Das durchschnittliche Einkommen des Mieters dieser Wohnung belief sich auf etwa 2000 Goldmark. Dieses Einkommen ist aber heute auf 1000 und weniger Goldmark abgesenkt. Der Herr Reichs-finanzminister mühte den Mietern also zu, hier von 50 und mehr Prozent des Einkommens, das nicht einmal für die nackte Ernährung ausreicht, für die Wohnungsmiete be-reitzustellen. Bei diesem Beispiel haben wir nicht einmal die typische Arbeiterwohnung im Auge, die, zumal in der heutigen Zeit der Erwerbslosigkeit, einen weit höheren Anteil des Einkommens in Anspruch nehmen würde, wenn die Mieten auf Goldmark gestellt werden.

Wie denkt sich die Reichsregierung die Durch-führung der Goldmieten vom politischen, sozialen und wirtschaftlichen Standpunkt aus? Will man die unsozialste aller Steuern heute als das höchste Maß sozialer Gerechtigkeit pressen? Glaubt man mit dem Ermächtigungsgesetz über die politischen Schwierigkeiten, die eine solche Steuer auslösen muß, hinwegzu-kommen? Vor allem aber: Glaubt der Herr Reichsfinanz-minister, daß diese Steuer von der deutschen Wirtschaft über-

haupte getragen werden kann? Die Goldmieten betragen in Deutschland vor dem Kriege etwa 6 Milliarden Goldmark. Der Herr Reichsfinanzminister will so aus dem Handgelenk heraus aus einem Zweig der deutschen Wirtschaft einen zünftigen Mehrertrag von 5 Milliarden Goldmark herausziehen, und das in einer Frist von kaum 9 Monaten. Die gesamte Stahl- und Eisenproduktion Deutschlands machte im Jahre 1912 nicht den fünften Teil dieses Betrages aus. Uns scheint, daß der Herr Reichsfinanzminister die richtigen Maßstäbe für seine Steuerpläne verloren hat. Es geht nun noch das Gerücht, daß sich Dr. Luther die Zustimmung zu seinen unmöglichen Plänen von den Vätern dadurch beschaffen will, daß er große Teile der Mietsteuer den Vätern zur Beschaffung der Beamtengehälter zuweisen will, um das Reich von den Reichszuschüssen zu entlasten. Die Mieterschaft soll gegen die Beamten ausgespielt werden. Jeder Beamte ist aber zugleich auch Mieter, Herr Finanzminister, und der Abbau der Beamtengehälter und der Aufbau von Goldmieten wird auch der Beamenschaft wenig einleuchten. Wohl glauben auch wir, daß das Reich die Befoldungszuschüsse an die Länder und Gemeinden auf die Dauer nicht leisten können, aber sollen nun die Mieter allein die Reichszuschüsse von monatlich 135 Millionen Goldmark oder 1,6 Milliarden Goldmark jährlich aufbringen?

Und was bleibt dann noch von der Mietsteuer übrig, wenn für die Rentenbank, für die Reparationskassen, für die Hausbesitzer und Hypothekengläubiger namhafte Beträge abgezweigt werden? Aus welchen Mitteln sollen dann die 1 1/2 Millionen fehlender Wohnungen gebaut werden? Wie denkt man sich die Beschäftigung der 1 1/2 Millionen Bauarbeiter und der Arbeiter der haustoffherzeugenden Industrie, die heute der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen, weil das Reich die Wohnungsneubauwirtschaft nicht auf eine gesunde und gemeinwirtschaftliche Grundlage gestellt hat? Hat sich der Reichsfinanzminister einmal ausgerechnet, welche volkswirtschaftlichen Verluste die deutsche Wirtschaft durch das Brachliegen des Baumarktes erleidet? Durch dieses Brachliegen werden täglich 20 Millionen Goldmark an Baumwerten nicht erzeugt, das sind pro Woche 120 Millionen und pro Jahr mehr als 5 Milliarden Goldmark. Dafür hat aber die deutsche Wirtschaft die völlig unproduktive Erwerbslosenunterstützung aufzubringen.

Wenn irgendein Gewerbebezirk die deutsche Wirtschaft wieder beleben kann, dann ist es das Baugewerbe, das zurzeit die bedeutendste soziale Aufgabe hat, die Arbeitslosigkeit zu lindern und die Wohnungsnot durch die Erstellung neuer Wohnräume zu beseitigen. Aber was soll man dazu sagen, wenn ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums sich zu der Behauptung versteigt, der Mangel an Wohnungen betrage nur 6 Proz. des gesamten Wohnungsbestandes, auf anderen Gebieten wäre aber ein Fehlbetrag von mehr als 30 Proz. vorhanden. Darum könne man von einer Wohnungsnot nicht sprechen, und darum dürften auch Wohnungen nicht mehr gebaut werden! Für eine solche Polittik hat der Odbachlose kein Verständnis. Daß solche Schlussfolgerungen bei einer Reichsbehörde überhaupt möglich sind, zeigt die völlige Ratslosigkeit derjenigen, die unsere Wirtschaft wieder aufzubauen haben.

Wir warnen die Reichsregierung und insbesondere den Reichsfinanzminister vor seinen Plänen. Wir warnen sie im Interesse des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. So hoch und ertragreich der Reichsfinanzminister seine Mietsteuer auch veranschlagen mag, sie wird auf dem Papier bleiben, weil die Mieterschaft sie nicht bezahlen kann und nicht bezahlen wird, und weil die wirtschaftlichen Organe des schaffenden Volkes die Arbeitererträge vor einer unsozialen und ungerechten Ausbeute zu schützen haben. Diese Arbeitererträge, die heute mühsamer als vor dem Kriege erarbeitet werden, dürfen nur dem Wiederaufbau unserer Wirtschaft dienen, aber nicht für ihren Verfall verbraucht werden. Sie müssen gemeinwirtschaftliche Bindung erfahren. Erträge aus der Wohnungswirtschaft dürfen nur der Wohnungswirtschaft wieder zugeführt werden.

## Londoner Allerlei.

Von Victor Schiff.

Mit Staunen stellt der Deutsche, der jetzt in das sogenannte hochkapitalistische Ausland kommt, die tragikomische Tatsache fest: Wir sind das teuerste Land der Welt geworden! Von den gewöhnlichsten Gegenständen des täglichen Bedarfs bis zu den raffiniertesten Luxusartikeln gibt es dort fast nichts, was nicht um 10 bis 20 Proz. billiger ist als bei uns. Dieses Verhältnis verschlimmert sich naturgemäß für diejenigen, die sich das fremde Geld nicht zu dem sogenannten offiziellen Umrechnungskurs (bei 1proz. Zuteilung) „legal“ beschaffen konnten, sondern ein mehr oder minder „schwarzes“ Wechselgeschäft abschließen mußten. (Das soll aber keine Selbstbezeichnung sein, Herr Feilinger!) Wären die deutschen Gehälter und Löhne nur annähernd den englischen angepasst, dann könnte sich der Deutsche leicht im Ausland wenn nicht schon als vollwertiges „Baltisches Weib“ fühlen und betätigen, so doch zumindest als Baltischer Ferkel.

Schmerz befeuchtet diese paradoxale Erscheinung, daß das am meisten verschuldete Land der Welt, dessen Finanzen am tiefsten zerrütet sind, zugleich das absolut teuerste geworden ist, wirkt ein Problem von furchtbarer Tragik auf: Dem bisher hat die deutsche Wirtschaft in der Nachkriegszeit nur dadurch in Gang gehalten werden können, daß die deutsche Produktion auf dem Weltmarkt die ausländische Konkurrenz niederringen konnte. Wie wird es nun in Zukunft möglich sein, diesen namentlich für Reparationszahlungen unentbehrlichen Exportüberschuß zu erzielen? Soll die ganze Weisheit unserer Wirtschaftsführer sich darauf beschränken, um dieses Ziel wieder zu erreichen, auf die Löhne des Industrieproletariats noch mehr zu drücken als bisher, und die Rentabilität der Betriebe sonst nur auf dem Wege der Entlassungen und der Arbeitszeiterlängerung zu sichern?

Diese Beforgnis ist um so berechtigter, als eine andere Tatsache insbesondere in London dem Deutschen in die Augen springt: Wir sind zugleich in technischer Hinsicht ein rüstendiges Land geworden. Schon auf dem Gebiete des Verkehrswesens fällt diese Tatsache sofort auf. Gemäß, bereits in Friedenszeiten war der über- und unterirdische Verkehr der deutschen Reichshauptstadt nicht mit dem Londoner, ja nicht einmal mit dem Pariser zu vergleichen. Aber in den letzten zehn Jahren hat sich dieses Mißverhältnis in erschreckender Weise verstärkt: unsere Hauptverkehrsachsen sind geradezu leer und leblos im Vergleich zu einer Durchschnittsstraße im Londoner Stadtinnern. Selbst der Potsdamer Platz mit seinen unzähligen Verkehrsregulierenden „Grünen“ und seinen „vielen“ Autos kann nicht entfernt als Maßstab dienen, denn an einem wirklich belebten Londoner Knotenpunkt rasen innerhalb von fünf Minuten nicht etwa zehn, sondern hundert Automobile vorbei. Unterirdisch mag Berlin den ungünstigen, sandigen Boden der Mark geltend machen, um die eigene Rückständigkeit zu erklären; aber Tatsache bleibt dennoch, daß das unterirdische Verkehrsnetz der englischen Hauptstadt sich zu einem wahren Weltwunder ausgestaltet hat. Und es wird immer weiter ausgebaut und ausgedehnt. Rüstige Fußgänger und an gewissen Umkleehaushäfen, stinke, selbstbewegliche Treppen, befördern die Passagiere hinauf und hinunter, was schon deshalb

## Teutoberts Kniefall.

Aus der deutschvölkischen Kinderkutsche.

In der „Deutschen Zeitung“, dem völkisch-alleindeutschen Organ des Justizrats Claß und seines Jüngers Maurenbrocher, finden wir die folgende de- und wehmütige Abbitte eines deutschvölkischen Helden, der sich den stolzen Namen „Teutobert“ beigelegt hatte:

„Die in meinem Briefe vom 2. Juli 1923 an Fräulein von Monroy und in dem „Teutobert“ gezeichneten Aufsatz der „Medienburger Warte“ vom 4. Juli 1923 hinsichtlich des Alldeutschen Verbandes und seines Vorsitzenden Justizrat Heinrich Claß aufgestellten Behauptungen, die den Gegenstand der gegen mich und die Schriftleiter der „Medienburger Warte“ erhobenen Privatklagen bilden, habe ich auf Grund von Mitteilungen wiedergegeben, die mir in meiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverbandes Mecklenburg der Deutschvölkischen Freiheitspartei von leitenden Persönlichkeiten dieser Partei gemacht wurden; ich habe dies im guten Glauben an die Ehrlichkeit dieser Mitteilungen getan, um die mir anvertrauten Interessen der Deutschvölkischen Freiheitspartei wahrzunehmen. Ich habe inzwischen aufgedeckt, dieses Amt zu bekleiden.“

Herr Justizrat Claß weist die in jenem Brief und Aufsatz aufgestellten Behauptungen, die ihn und die Zeitung des Alldeutschen Verbandes in ihrer Ehre aufs schwerste tranken, mit Entrüstung als unwahr zurück. Aus eigener Wissenschaft kann ich für die Wahrheit der von mir aufgestellten Behauptungen nicht einstehen. Ich glaube nicht mehr daran, daß diese Behauptungen bewiesen werden können, halte sie meinerseits jetzt vielmehr für irrig und unbeweisbar. Ich habe mich daher für verpflichtet, hierdurch alle Herrn Justizrat Claß und den Alldeutschen Verband tränkenden Behauptungen in meinem Brief an Fräulein von Monroy und in dem „Teutobert“ unterzeichneten Aufsatz der „Medienburger Warte“ in aller Form zurückzunehmen. Gleichzeitig bedaure ich, mich an der Verbreitung dieser ehrenverletzenden Behauptungen beteiligt und sie weitergegeben zu haben, ohne, wie es richtiger gewesen wäre, mich von dem wirklichen Sachverhalt zu überzeugen.

Ich spreche Herrn Justizrat Claß ausdrücklich mein Bedauern darüber aus, daß ich in der gedachten Weise meine Ehre öffentlich gekränkt habe. Ich gelobe hiermit auch der Sache zu dienen und bin Herrn Justizrat Claß dankbar, daß er in Würdigung dieses meines Bestrebens hierauf die angängig gemachten Klagen zurückzunehmen sich entschlossen hat. Ich habe Herrn Justizrat Claß ermächtigt, diese meine Erklärung auf meine Kosten in der „Deutschen Zeitung“ und der „Medienburger Warte“ öffentlich bekanntzugeben.

Die Kosten der gegen die „Medienburger Warte“ und mich erhobenen Klagen übernehme ich.“

Rostock, den 10. Dezember 1923.

Dr. Dettweiler.

Um diesen Kniefall Teutoberts zu verstehen, muß man wissen, daß der Geheimrat Dr. Dettweiler in Rostock dem Alldeutschen Claß ungefähr das gleiche geantwortet hat, was der völkische Meister Wulle über ihn zu verbreiten pflegt — nämlich, daß er in jüdisch-freimaurerischen Kreisen stehe und auch sonst unter völkischem Mantel volksfeindliche Politik betriebe. Bei Berliner Gerichten ist Claß mit seinen Klagen gegen Wulle und die Verbreiter solcher bundesbrüderlicher Gerüchte abgeblüht. Deswegen wettet die „Deutsche Zeitung“ nach Teutoberts Abbitte folgendermaßen los:

Die Urheber solcher Nachrichten können aus ihrer gesicherten Stellung als durch die „Immunität“ Geschützte wagen, was ihr weites Gewissen, das die Schranken der Achtung vor fremder Ehre längst nicht mehr kennt, ihnen erlaubt. Der Schutz der Gerichte verlagert ihnen gegenüber. Den weltfremden Richtern fehlt das Verständnis dafür, daß es für einen völkischen Verband nichts Ehrenkränkenderes gibt als die Behauptung, daß er oder seine Führer unter völkischem Mantel volksfeindliche Politik betreiben! Aber gegen ein solches Verlagen der Gerichte gibt es keinen Schutz.

In diesem Falle der ein Musterbeispiel für das Vorgehen der sogenannten Führer der Deutschvölkischen Freiheitspartei ist, kann man sehen, in welcher bedeutungsloser Weise diese angeblichen Fortkämpfer des deutschen Gedankens arbeiten! Damit ist ein für allemal festgestellt, mo die Anarchisten und Zerleger sitzen, die es seit Jahr und Tag als ihre Aufgabe betrachten, im Kampfe für die deutsche Sache seit Jahrzehnten bewährte Männer zu verdrängen und völkische Verbände von ehrenvollster Vergangenheit herabzusetzen! Gibt es noch einsichtige Männer in der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die darauf dringen, daß dem Teutobert genau bekannter Parteilagen ein Ende bereitet wird?

nötig ist, weil die Tunneln drei- oder viermal tiefer unter der Oberfläche laufen als in Berlin. Die Luftkanalisation wird durch derartige mächtige Maschinen besorgt, daß einem an gewissen Stellen der Hut beinahe vom Kopfe fliegt. (Nebrigens hat auch Paris nach einem mir kürzlich zu Gesicht gekommenen Stadtplan kein unterirdisches Verkehrsnetz in der Kriegs- und Nachkriegszeit musterhaftig ausgebaut.) Die Züge verkehren in Abständen von durchschnittlich drei Minuten, und man hat nirgends den Anblick überfüllter Wagen, wie es z. B. in ganz standortlicher Art auf der Berliner Nord-Süd-Bahn stets der Fall ist, namentlich bei einem zehnminütigen Verweilen in den Abendstunden. — An diesen Vergleichen erkennt man jedenfalls, daß wir nicht nur ein teures und ein rüstendiges, sondern auch ein armes Land geworden sind.

Die technische Höherentwicklung Englands kommt auch in der Ausbreitung des drahtlosen Verkehrs zur Geltung. Anstatt uns mit Wundererzählungen über die angeblichen Ertragsleistungen des deutschen Funkverkehrs zu füttern, hätte die zuständige Stelle der Reichspostverwaltung und die mit ihr verbündeten Privatgesellschaften besser getan, uns die Wahrheit über unsere beschämende Rückständigkeit auf diesem Gebiete im Vergleich zum Auslande zu enthüllen. In England — und auf diesem Gebiete soll übrigens Amerika schon viel weiter gegangen sein — sind bereits fünf Millionen Menschen auf den fortlaufenden radiotelephonischen Dienst abonniert (wenn ich nicht irre: 5 Pfund die Einrichtung und 4 Pfund das Jahresabonnement), der so ziemlich alles übermitteln, was der Mensch brauchen kann: Zeitungs- und Nachrichten, Kurse, Konzerte, Vorträge. Für die Kinder werden kurz vor Schlafengehen Kindermärchen durchgesungen, und am Sonntag Kirchpredigten. Die Post ist selbst grundtätig von diesem Dienst ausgeschlossen. Vor einigen Wochen machte man eine Ausnahme für die Rede, die General Smuts auf einem Abschiedsbankett vor seiner Rückkehr nach Südafrika hielt. Diese Rede war in der Tat nicht parteipolitisch, aber die erschütternde Anklage gegen Versailles und gegen die französische Gewaltpolitik, die jemals erhoben wurde. Sie wurde, während sie gehalten wurde, fünf Millionen von Menschen übermittelt. Hoffentlich war der französische Botschafter auch darunter.

Eine weitere Neuerung auf radiotelegraphischem Gebiete ist die der „amplifiers“, der Verstärker, die es gestatten, eine Rede, die in einem Saale gehalten wird, gleichzeitig einer draußen auf der Straße oder in einem ganz anderen Saale (allerdings nur in einem auf mehrere hundert Meter beschränkten Aktionsradius) durchaus vernehmlich wiederzugeben. Von dieser erst kürzlich aus Amerika eingeführten Erfindung wurde — insbesondere von Lord George — bei den Wahlen ausgiebiger Gebrauch gemacht.

Allerdings passierte zu Berlin des Wahlkampfes dem früheren Ministerpräsidenten ein kleines Malheur. In einer Versammlung in einer Stadt der Grafschaft Lancashire wollte er eine Ansprache auf den Vater des Freihandels, den berühmten Richard Cobden, mit einem Versuch verbinden, dem Volkspolitiker seiner Hörer zu schmeicheln. Fortschrittsliberal wollte er sich vorher bei dem neben ihm sitzenden Versammlungsleiter verneigen, ob er damit auch seinen Bod schiefen würde, und flüsterte ihm ganz rasch und leise zu: „Was Cobden a Lancashiremak?“ (Was Cob-

Wenn sich die „Völkischen“, die sich untereinander doch genau kennen, gegenseitig so einschätzen, so wird es hoffentlich dem Durchschnittsdeutschen, der die hohe Stufenleiter völkischer Ehrbegriffe noch nicht erklommen hat, gestattet sein, in allem Respekt an die bekannte Geschichte von — Rabbi und Mönch zu denken!

## „Stahlhelm“-Intimitäten.

Vor einiger Zeit brachten wir den Abdruck eines Rundschreibens an Mitglieder „des Stahlhelms“, zu dem Geschäftsbogen der Firma Teuber u. Brandt verwendet waren. Hierzu teilt uns der jetzige Alleinhaber der obigen Firma, Herr Brandt, mit, daß sein früherer Teilhaber, Herr Teuber, der Mitglied des Stahlhelms ist und sich als Obersteuermann bezeichnet, unverantwortlicher Weise während der Abwesenheit des Herrn Brandt zu seinem Rundschreiben Geschäftsbogen verwendet hat.

Die Firma Teuber u. Brandt versichert, daß sie selbst in keinerlei Weise in Verbindung mit dem Stahlhelm stand, noch augenblicklich steht. Herr Teuber sei inzwischen aus der Firma ausgeschieden.

## Sollmann spricht in Leipzig.

Minister a. D. Böttcher als Versammlungssprenger.

Leipzig, 17. Dezember. (WZ.) In einer vom Kartell republikanischer Studenten und Jungsozialisten einberufenen öffentlichen Versammlung sprach der Reichsminister a. D. Sollmann-Kön über die Republik. Die zahlreich anwesenden Kommunisten versuchten durch Zurufe die Versammlung zu führen, so daß der Redner nur mit großen Unterbrechungen zum Schluß kommen konnte. Es kam dann zu lebhaften Kundgebungen der Einberufer und ihrer Genossen. Als der frühere sächsische kommunistische Finanzminister Böttcher das Wort ergreifen wollte, erreichte der Tumult eine solche Höhe, daß der überwachende Polizeibeamte zur Auflösung der Versammlung schritt.

## Volkrichter auf Abbruch.

Vom Republikanischen Richterbund wird uns geschrieben:

Nach Bericht der Presse beabsichtigt der Reichsjustizminister aus Sparmaßregeln Rücksichten für die Strafrechtspflege eine zeitweilige Aussetzung der Geschworenen und der Schöffen. Und zwar soll diese Maßnahme auf die Zeit bis April 1924 beschränkt sein, um alsdann von einer noch nicht näher bargelegten organischen Vereinfachung der Strafrechtspflege abgesehen zu werden. Sollte diese Maßnahme zutreffen, so fordert der ebenfalls geführliche Grundrechte den stärksten Widerspruch heraus. Nicht zu verantworten wäre insbesondere auch das Zufallsergebnis, daß nur die Angeklagten, deren Aburteilung gerade in die begrenzte Sperrzeit fällt, gezwungen sein würden, vor einem von Volkrichtern entblößten Strafgericht ihr Recht zu nehmen.

## Befehungsverminderung an der Ruhr?

London, 17. Dezember. (WZ.) Dem Brüsseler „Times“-Berichterstatter zufolge soll das belgische Kontingent im Ruhrgebiet unverzüglich vermindert werden. Die Kontrolle des besetzten Gebietes auf dem rechten Rheinufer werde einem einzigen Befehl unterstellt werden mit dem Hauptquartier in Duisburg. Die belgische Regierung prüfe die deutschen Vorschläge in wohlwollendem Geiste und werde versuchen, so zu handeln, daß die Tür für Verhandlungen offen bleibe.

Zusammenstoß in Lille gab es gestern, Sonntag, anlässlich einer Rede des früheren Innenministers und späteren „Defaitisten“ Malin mit führenden Camelots du Roi. Diese „Königsheben“ verletzten 5 Schutzeleute durch Stockschläge. 8 Camelots wurden auf die Wache gebracht und 5 von ihnen (ein Guisbesitzer, ein Ingenieur und die drei Söhne eines Rechtsanwaltes) in Haft genommen.

Eine Wahlkomödie — das Samspiel nach dem großen englischen Schauspiel — wurde gestern, Sonntag, in Griechenland aufgeführt. Unter der Militärberührung blieb die ganze Opposition der Wahl fern, es wurden nur Benizelisten gewählt, darunter auch Republikaner. Der Thron wackelt sowieso.

den ein Mann aus dem Bancahire?) Der Chairman antwortete ebenso rasch und leise: No!

Im Saale hatte niemand das kurze Zwischenpiel bemerkt oder gehört. Aber draußen vernahm man plötzlich Zehntausende mitten in der Rede laut und deutlich: „Was Cobden a Lancashiremak? — No!“

Dem verflühten Apparat war eben das Zwischenpiel nicht entgangen. Und am nächsten Tag machte sich die ganze gegnerische Presse Englands über Lord Georges Unwissenheit lustig.

## Proletarische Feierstunde für Erwerbslose.

Der Groß-Berliner Bildungsausschuss unserer Partei hatte am Sonntag im Großen Schauspielhaus zur Partei gehörende Erwerbslose als seine Gäste veranmelt. Für sie war diesmal die proletarische Feierstunde bestimmt, und kostenlos hatte man ihnen die Eintrittskarten überlassen.

Die Ansprache unseres Genossen Crispian gab einen Ueberblick über die Entwicklung der Arbeit in der Gesellschaft und zeigte die Verklawung des Arbeiters durch den Kapitalismus. Die Produktionsweise des Kapitalismus ist es, die Arbeiter überflüssig macht und sie als Arbeitslose der Not und dem Elend überliefert. Crispian betonte die Solidarität zwischen Arbeitenden und Arbeitlosen. Eure Sorge, rief er den Arbeitlosen zu, ist unsere Sorge! Eure Not ist unsere Not! Eure Kämpfe sind unsere Kämpfe! Das Arbeitslosenelend kann erst ein Ende nehmen, wenn der Sozialismus herrschend sich durchgesetzt hat. Der Sozialismus wird eine Wirtschaftsordnung herbeiführen, die uns die ersehnte Befreiung der Arbeit bringt.

Auch die künstlerischen Darbietungen waren auf den besonderen Zweck dieser Feierstunde gestimmt. Aus der ganzen Veranstaltung sprach laut und vernehmlich der Grundgedanke: Empor! Trotz aller Not keine Ruksicht! Keine dumpe und stumpfe Verzweiflung, sondern kraftbewusste Kampfbereitschaft! Der Sprechbar unter Abd. Floraths bewährter Leistung errang eine starke Wirkung mit Bruno Schönblanks „Erdung“, eine noch stärkere mit Richard Dehmels „Erdbeben“, (Wahr, Rühre, mahle!). Mitglieder des Staatstheaters, Witte, Ködert, Fr. Selle, traten als Einzelsprecher hervor. Musikalische Beigaben von Armin Diebermann (Cello) und Roderich (Orgel) umrahmten und durchdrangen die Feierstunde.

Zugendbühne der Volkshäuser. Im Theater am Bülowplatz wird das Märchenpiel „Das tapferste Schneiderlein“ von Heinrich Böhm am Mittwoch, den 19. nachmittags 3 Uhr, zum ersten Male für die weitere Öffentlichkeit gespielt werden.

Der Sings- und Tanzchor wird am 20. Dezember, 7 1/2 Uhr abends, sein zweites öffentliches Konzert in der Volkshaus für Musik geben. Prof. Hädel wird Weihnachtslieder und Motetten von Palestrina, Schütz, Eccard u. a. dirigieren. Eintrittskarten sind bei Hote u. Hof zu haben.

Vollstunde. Im Theater am Bülowplatz sind die Stroben für „Don Gallos“ unter Leitung von Frh. Holl im Gange; die Uraufführung findet anfangs Januar statt. Im gleichen Monat folgt Andrejews „König Lumber“, im Februar Strindbergs „Otern“.

## Das französische Kommuniqué

Ueber die kurzen Angaben hinaus, die das Havas-Bureau noch am Sonnabendabend verbreitete und die wir in der Sonntagsnummer veröffentlicht haben, berichtet das offiziöse französische Bureau noch weiter:

In seiner Antwort auf die schriftliche Vorlegung des deutschen Geschäftsträgers stellt Ministerpräsident Poincaré nochmals fest, daß er jetzt nach dem der positive Widerstand eingestellt zu sein sich eine, jederzeit geneigt sei, sich mit dem offiziellen Vertreter der deutschen Regierung über alle Fragen zu besprechen, mit denen diese ihn zu befassen wünsche. Soweit sie auch die übrigen Alliierten interessierten, behalte sich Frankreich vor, sich mit den Alliierten zu verständigen, bevor es antworte. Die französische Regierung werde weder die durch den Friedensvertrag eingeleitete Reparationskommission ihrer Kompetenzen entkleiden, noch irgendeiner Regelung zuzustimmen sich bereit finden, die nicht streng dem Friedensvertrag entspreche. Die Kommission würde weiter mit allen Vollmachten ihre Tätigkeit ausüben, die ihr durch den Friedensvertrag übertragen sei. Der von der deutschen Regierung vorgeschlagene Meinungsaustrausch, den die französische Regierung nicht ablehne, könne also eine Vereinbarung der Vorschläge der Reparationskommission oder die mittelbare oder unmittelbare

### Revision des Friedensvertrages weder zum Gegenstand noch zum Ergebnis

haben. — In der Rhein- und Ruhrfrage habe die französische Regierung an der von ihr auseinandergelegten Auffassung nichts zu ändern. Sie könne sich nicht dazu bereithalten, die französisch-deutschen Beziehungen im Ruhrgebiet oder die internationalisierte Oberkommission im übrigen besetzten Gebiet ihrer Kompetenzen zu entkleiden. Was die Festlegung eines modus vivendi im Ruhrgebiet oder im allbesetzten Rheinlande anlangt, so sei der Ministerpräsident durchwegs geneigt, die Vorschläge der Berliner Regierung anzuhören und sie gegebenenfalls gleichzeitig mit seiner Stellungnahme dazu den zuständigen Behörden mitzuteilen. Er wäre namentlich bereit zu allen Unterhandlungen bezüglich der Abmachungen mit den Industriellen, der Wiederherstellung des Wirtschaftslebens und bezüglich der Verwaltungssachen. Voraussetzung sei dabei, daß die französische Regierung ihr unbedingtes Recht wahre, die Rechte ausübender Personen nach Prüfung der Einzelfälle zuzulassen. Poincaré erklärt zum Schluß, daß die internationalisierte Militärkontrollkommission ihre regelmäßige Tätigkeit noch nicht hätte aufnehmen können, und daß dementsprechend Deutschland nicht behaupten könne, daß es den Friedensvertrag loyal ausführe.

In einem Kommentar der Agentur Havas heißt es u. a., Frankreich und Belgien dürften die Deutschen nicht durch eine Begegnung in Verhandlungen einzutreten, entmutigen. Unter den gegenwärtigen Umständen habe aber die elementarste Vorsicht Poincaré geboten, sich in seiner Antwort an Herrn v. Hoch ziemlich reserviert zu zeigen.

Hührende Londoner Zeitungen weisen auf Poincarés innerpolitische Schwierigkeiten hin, vor allem auf die allgemeine Enttäuschung über die „Früchte des Sieges“ an der Ruhr. Tatsache ist, daß das Leben in Frankreich täglich teurer wird infolge der Frankentwertung, die wieder mit den unproduktiven Heeresausgaben zusammenhängt. In der französischen Beamtenenschaft besteht eine lebhafteste Bewegung, die Anpassung der Befoldung an die Geldwertung fordert. Alle diese „Erfolge“, so meint man in England, zwingen Poincaré, eine Verständigung mit Deutschland nicht abzuweisen; jedoch bedeute seine Antwort kaum einen Fortschritt, zumal sie das Versäulen diktiert, die Reparationskommission und die Ruhrbefragung für tabu erklärt und wiederum nicht volle Klarheit und Sicherheit über die französischen Absichten mit dem Rheinlande gebe.

## Aus der Partei.

### Der Streit um die Taktik.

Dieß man gewisse sächsische Parteiblätter, so möchte es scheinen, als ob sich die ganze Parteigenossenschaft in hellem Aufbruch gegen die Reichstagsfraktion befände. Wie wenig das der Fall ist, zeigt der Verlauf von Mitgliederparlamenten in verschiedenen Gegenden des Reichs. So hat z. B. am Freitag eine solche Versammlung in Rassel stattgefunden, in der noch einem Referat des Genossen Scheidemann und lebhafter Ausprägung mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen wurde:

„Die Mitgliederparlamenten des Sozialdemokratischen Vereins erkennen an, daß die Reichstagsfraktion bei der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz sich in einer Zwangslage befand. Die Zustimmung zu dem Gesetz bedeutete eine Vollmacht für die Regierung, wie sie unter anderen Umständen nicht hätte gegeben werden können.“

Die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes hätte jedoch automatisch die von uns zwar nicht gewünschte Auflösung des Reichstags, aber doch die Freisetzung der Arbeiterparteien im Wahlkampf durch den Artikel 48 der Reichsverfassung zur Folge gehabt.

Die Zustimmung zu dem Ermächtigungsgesetz war also ein taktischer Schachzug, um ein weit größeres Uebel zu vermeiden. Die Verammlung billigt deshalb die Taktik der Reichstagsfraktion. Sie heißt besonders auch die Erklärung der Fraktion gut, durch die ausdrücklich festgestellt wird, daß für die Verordnungen, die von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden, nur die Regierung die Verantwortung trägt, daß die sozialdemokratische Fraktion jede Verantwortung für die Beschlüsse eines Kabinetts ablehne, in dem sie nicht selbst vertreten ist.

Die Versammlung fordert die Mitglieder der Partei zu energischer Vorbereitung des Wahlkampfes auf. Anschließt der immer dreister auftretenden Reaktion ist ein geschlossener Kampffonds dringender notwendig als je zuvor.“

Im Hamburg tagten am Donnerstag neun Mitgliederparlamenten, in denen es ähnlich zuging. Die Stimmung gegen die Reichstagsfraktion drang nirgends durch. In der größten dieser Versammlungen, im Gewerkschaftshaus, die von etwa 1200 Parteigenossen besucht war, vereinnahmte eine Todesresolution gegen die Reichstagsfraktion kaum 30 Stimmen auf sich.

Dah aber auch in Sachsen die Stimmung durchaus nicht einheitlich ist, zeigt der Verlauf einer Versammlung in Zittau, die sich insbesondere mit sächsischen Fragen beschäftigte. In der dort angenommenen Resolution heißt es u. a.:

„Die deutsche Sozialdemokratie muß geschlossen auftreten und mit allen republikanischen Parteien eine Regierung bilden, die auf fester parlamentarischer Grundlage beruht. Eine solche Regierung, in der die Sozialdemokratie ihrer Stärke entsprechend vertreten sein muß, hat die Aufgabe, die ins Elend versinkenden Massen durch eine einschneidende Finanz-, Währungs- und Wirtschaftspolitik zu retten.“

Die Mitglieder der Ortsgruppe Zittau erwarten von der Parteileitung, daß mit der Politik des Hin und Her endgültig gebrochen und in geforderter Weise verfahren wird. Das Vertrauen zum Parteivorstand und zur Mehrheit der Reichstagsfraktion ist unerschüttert.

Von den Landesinstanzen und der Parteileitung wird erwartet, daß ein parteigenössliches Zusammenarbeiten mit der Reichstagsfraktion erfolgt. Ein solches Zusammenarbeiten ist die Grundvoraussetzung für die Einheit der Partei.“

Von einer neuen Annäherung an die Kommunisten wird in entscheidender Form abgeraten.

Natürlich gibt es in der Partei auch andere Stimmen. Im übrigen wird man den Streit um taktische Differenzen zweckmäßigerweise baldmöglichst hinter der Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes zurücktreten lassen müssen.

## Auf dem Mietsgericht.

Die Drohungen dieser Hausbesitzer und Verwalter, sich unbehaglicher Mieter zu entledigen, werden jetzt mit Hilfe des Mietschutzgesetzes recht zähförmig in die Tat umzusetzen versucht. Die Anträge, das Mietverhältnis aufzuheben, laufen denn fast lauter auf die allgemein gehaltene Behauptung hinaus, die Mieter (und noch öfter die zungenfertige Mieterin!) habe sich im Hause mißliebiger gemacht, habe belästigt, geschimpft, beleidigt und andere Mieter „aufgehört“. Genau kennen man ist das, wenn man es bei Licht besieht, gar nichts Neues unter der häuslichen Sonne. Wenn man einst in hunderttausenden solcher Begattelsachen zum Kabi lief, in ellenlangen Schriftsätzen die christliche Nächstenliebe auspaßte und sich an der Beurteilung des selben Rechts zum 10. R. Geldstrafe föhlich labte, so soll jetzt der Triumph noch vollkommener werden durch den Richterspruch: Pöcke deine sieben Sünden und verschwinde! Die Verhandlungen der Weige läßt sich öfentlich. Das Kampfspiel zu erwarten, sieht auf den Bänken ein Kranz lieber Raabhorn, lauert gespannt auf den her.lichen Augenblick, der die verhasste Gegnerin zur Strecke bringt und den beontragten Rausschmiß sanktioniert. Aber der gelehrte Richter und die beiden Volkrichter, die neuen Mietschöffen, machen recht häufig einen Strich durch die Rechnung. Zeugnenschöffen lassen die aufgebauten Behauptungen gewaltig zusammenstürzen. Verschiedene, die da auf der Bank huten, erschauern wie Lots Weib, wenn man ihnen nachweist: Kinder, tut doch nicht so unschuldig und so erboßt... ihr habt ja prosoziiert! Und das Verhejen, dieser obligate Sammelbegriff, stellt sich gewöhnlich nur als allzu improvisatorische Wahrnehmung von Mieterrechten heraus. Nein, das langt nicht zu, um Menschyn aus der Wohnung zu treiben, wenn die Schuld auf beiden Seiten liegt. Der Triumph wird nicht gefeiert. Das Gericht weist die Klage ab oder verlegt mit einer Besserungspredigt auf ungewisse Zeit. Weniger erfreulich erscheint es dagegen wenn manche Vorsitzende den Verzeih anstreben, die belagerte Partei soll innerhalb von zwei oder drei Monaten freiwillig räumen. Wer sich so einwideln läßt, übersteht nicht die Folgen. Woher sollen denn die Wohnungsämter all die Ersatzwohnungen nehmen? Haben wir nicht schon genug Obdachlose? Das Mietsgericht soll kein Strafgericht sein. Von ganz schweren Fällen abgesehen, soll es immer wieder die vornehmen und erzieherischen Aufgaben zu erfüllen suchen, eine Vermittlungsgrundlage zu schaffen und die er.igten Gemüter zu beruhigen.

### Goldminen-Proteste.

Am 12. d. M. tagte der erweiterte Bundesvorstand des Bundes deutscher Mietervereine und beschloß, folgendes Telegramm an den Reichspräsidenten, den Reichsminister, den Reichsarbeitsminister, den Reichsfinanzminister sowie den Finanzsenat des Reichstags zu senden: Die Reichsregierung beabsichtigt, auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die schwer erlängten Mieterrechte zu be.ichtigen, das Reichsmietengesetz aufzuheben und die Goldminen zugunsten des Hausbesitzes und der allgemeinen Staatsfinanzen einzuführen. Zu diesen Fragen hat der Bund deutscher Mietervereine mit den Landes- und Ortsorganisationen eingehend Stellung genommen und den Bundesvorstand einstimmig beauftragt, sofort das Volksbegehren einzuleiten, falls die Regierung ihre Absichten verwirklicht.

Eine große Protestaktion hat der Gau Berlin im Bunde deutscher Mietervereine. Sie Dresden, Hauptgeschäftsstelle Berlin, Treptowstr. 68, gegen die von der Regierung geplante beschleunigte Einführung der Goldminen eingeleitet. Seit Wochen laufen in Berliner Miethäusern Hauslisten zur Unterschrift an sämtliche Mieter um. Der Gau erwartet von allen Mietern, daß sie an dieser Protestaktion zahlreich teilnehmen. Häuser, die keine Listen erhalten haben, können selbstgelegte Listen zirkulieren lassen. Die Listen sind gesammelt an die Hauptgeschäftsstelle des Gau Berlin abzugeben.

### Mordprozess Samuel Loewinsohn.

#### Die Vernehmung des Angeklagten.

Unter großem Andrang des Publikums begann heute früh vor dem außerordentlichen Schwurgericht des Landgerichts I die Verhandlung gegen den Platzmeister Samuel Loewinsohn, der angeklagt ist des Mordes und des versuchten Mordes.

Der Angeklagte ist ein langer, hagerer Mensch mit derbem indischen Gesicht und dunkelbraunen wullen Lockenhaar. Von der Verteidigung ist als besonderer Kriminalpsychologe der Schriftsteller Hans Hyan geladen worden. Unter den Zeugen befindet sich der Chemann der Germerdeiten, der Almetallhändler Bernhard Förster und die mit dem Leben davongekommene Hausangestellte Charlotte Dohrnung. Der Angeklagte ist 1886 in Sudchow-Witsch in Polen geboren und der Sohn eines Standesbeamten. Er behauptet, noch nicht vorbestraft zu sein, ist verheiratet und Vater von zwei unmündigen Kindern. Vorsitzender: Bekennen Sie sich schuldig des Mordes und des versuchten Mordes? Angeklagter (nach lauemem Hörgern): „Lebweise ja.“ Vorsitzender: „Wollen Sie sich zu der Anklage äußern?“ Angeklagter: „Ja.“ Der Angeklagte gibt weiter an, daß er mit seiner Familie mit Bah nach Berlin gekommen sei und sofort Anstellung als Lagerist erhalten habe. Im November 1922 sei er bei seinem Landmann Bernhard Förster als Platzmeister angestellt worden. Er habe sein volles Vertrauen gewonnen. Vorsitzender: „Sie sollen aber nicht immer ehrlich gewesen sein.“ Angeklagter: „Ich hatte einmal eine Differenz, indem ich 21.000 R. aus Versehen in die Bestenliste steckte und vergaß, das Geld abzuliefern. Frau Förster veranlaßte ihren Mann darauf, mit mir einen Kauionsvertrag zu schließen. Die Kaution von 100.000 R. sollte bei ferneren Unregelmäßigkeiten verfallen sein.“ Vorsitzender: „Wie war Ihr Verhältnis zu Frau Förster?“ Angeklagter: „Herr Förster war sehr gut, aber Frau Förster war furchtbar kleinlich. Sie war geizig und nie zufrieden. Sie beeinflusste auch ihren Mann, und darunter hatte ich zu leiden.“ Vorsitzender: „Einer Zeugin sollen Sie einige Wochen vorher schon gesagt haben, Sie wollen Frau Förster eins auf den Kopf geben.“ Angeklagter: „Wenn ich das gesagt habe, so habe ich nichts Böses gemeint.“ Die Verhandlungen gehen weiter.

### Zwei Doppelselbstmorde.

In der obersten Wohnung in Reutlingen, Osterstr. 132, wurden heute morgen der 22jährige Kaufmann Kräger und die Verkäuferin Emma Borries aus der Rartstr. 113 tot aufgefunden. Beide hatten ein Liebesverhältnis angeknüpft. Die Mutter der Borries aber hatte dem Mädchen jeden weiteren Verkehr verboten. Die beiden jungen Leute sahen den Entschluß, aus dem Leben zu scheiden. Kräger nahm seine Braut mit in die Wohnung seiner Eltern, als diese nicht zu Hause waren, öffnete die Gasbühne, und beide fanden so den Tod. — Die 60 Jahre alte Pauline Brendel und der 72 Jahre alte August Schütz wurden heute morgen ebenfalls in ihrer kleinen Wohnung tot aufgefunden. Die Leute im Hause hatten sie schon mehrere Tage nicht gesehen, die benachrichtigte Polizei öffnete die Wohnung und fand beide tot im Bette legend auf. Auf dem Tische stand eine Flasche mit Gift, aus der die alten Leute getrunken hatten. Wahrscheinlich sind sie aus Mahrungsorgen in den Tod gegangen. Die Leichen wurden begholungsamtlich und nach dem Schauause gebracht.

### Das Kind auf dem Koffer.

Ein nicht alltäglicher Diebstahl wurde auf dem Bahnhof Zoologischer Gärten verübt. Ein deutsch-amerikanischer Lehrer, der mit seiner Frau und einem Töchterchen von 5 Jahren nach Berlin gekommen ist, wollte mit seiner Familie vom Bahnhof Zoo

aus zu Verwandten fahren. Weil die Frau leidend ist, so brachte er zunächst seinen Koffer und das Kind nach dem Bahnhöf. Er schickte das Kind auf den Koffer. Dann ging er wieder hinunter, um die kranke Frau hinaufzubegleiten. In seinem Ermessen stand jetzt die Kleine allein da, der Koffer war verschwunden. Wie das Kind mitteilte, war ein sein gekleidetes junges Mädchen herangekommen und hatte das Kind angeprochen und geliebt. Die junge Dame hatte es dann vom Koffer heruntergenommen und dancengekollt. Schließlich hatten beide den ziemlich schweren Koffer angefaßt und waren mit ihm davongegangen. Die Kleine hatte verdußt zugehoben und war völlig veräschlicht. Die Nachforschungen nach dem Mädchen blieben erfolglos. Mitteilungen über den Verbleib des gestohlenen Koffers, der einen dunkelgebläuteten Ueberzug trug und außer Kleidungsstücken von Mann, Frau und Kind eine Kassetten mit Spartakusbüchern auf die Stadt New York, amerikanische Aktien und Ausweispaß auf den Namen Sirius enthielt, nimmt Kriminalkommissor Dr. Riemann im Zimmer 83a im Polizeipräsidium entgegen.

### Was bleibt den Ärzten von ihrem Honorar?

In unseren Berichten über den Ärztestreit haben wir darauf hingewiesen, daß die Ärzteorganisation die ihr von den Krankenkassen überwiesenen Arzthonorare durch beträchtliche Abzüge für ihre Zwecke kürzt. Dr. Sternberg, der Geschäftsführer der wirtschaftlichen Abteilung des Groß-Berliner Ärztebundes, hat die von uns wiedergegebene Äußerung Dr. Prülls, Chefarztes der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin, daß die wirtschaftliche Abteilung 22 Proz. der Honorare beansprucht, auf eigene Art zu „berichtigen“ verurteilt. Nach seiner Angabe werden nur etwa 8 Proz. abgezogen, davon für Verwaltungszwecke 3 1/2 Proz. (nicht 2 1/2 Proz., wie im „Vorwärts“ infolge eines Druckfehlers stand), der Rest für das Veröffentlichungsorgan, für Entschädigungen, Sterbekasse usw. Hierzu wollen wir heute feststellen, daß am 30. November, dem Tage vor Beginn des Ärztestreits, der Aktionsausschuß des Ärztebundes den Ärzten seine „Richtlinien“ gegeben hat. Darin steht unter anderem: Zweck fortlaufender Sicherstellung von Mitteln zur Durchführung des Kampfes, zur Aufrechterhaltung der Einrichtungen der Oranisation und zur Behütung von Kollegen sollen alle Kollegen für die Dauer des Kampfes von ihren gesamten Berufseinnahmen 20 Proz. für die Organisation abführen“. Diese Forderung heißt nicht etwa nur auf dem Papier, sondern wird gegenüber den Ärzten auch so nachdrücklich geltend gemacht, daß selbst widerstrebende sich zur Zahlung bequemen. Die 20 Proz. sind nicht allein von Einnahmen aus Kassenpraxis, sondern (wie der Wortlaut sagt) von dem gesamten Berufseinkommen zu entrichten, also auch vom Honorar aus Privatpraxis. Da übrigens nach den Beobachtungen der Krankenkassen die Aufwendungen für die bei Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe zunächst von den Kassenmitgliedern sofort zu bezahlenden und ihnen hinterher von den Kassen zu erstattenden Honorare in auffälliger Höhe steigen, so können die streikenden Ärzte ihren Kampffonds tüchtig aufzufüllen. Sie sind in der angenehmen Lage, das tun zu können auf Kosten der befreiten Krankenkassen, d. h. schließlich immer nur der Kassenmitglieder. Arbeiter, die gegen Unternehmer streiken, können sich nicht so einfach die Mittel für ihren Kampf beschaffen.

Der Reichsarbeitsminister hat die Spitzenverbände der Kergie und der Krankenkassen für Freitag, den 21. Dezember, vormittags 11 Uhr, zu einer Besprechung der Sachlage und der Vorarbeiten der ersten Tagung des Reichsausschusses eingeladen. Die Kergieverbände haben die Teilnahme an der Besprechung angelehnt.

### Wieder ein großer Dachstuhlbrand.

Ein großes Feuer beschäftigte am Sonntag nachmittag die Berliner Feuerwehr längere Zeit in der Eilenacher Straße 59, an der Hauptstraße. Dort stand um 2 Uhr der Dachstuhl des großen vierstöckigen Wohnhauses in solcher Ausdehnung in Flammen, daß man Brandstiftung vermutet. Die Feuerwehr griff unverzüglich mit vier Rohren über die völlig verqualmten Treppen und auf mechanischen Leitern an. Dadurch wurden die angrenzenden Gebäude wirksam geschützt und die Flammen auf den Dachstuhl beschränkt. Der Schaden ist erheblich und trifft besonders einige Mieter, die nicht versichert sind, recht hart. Nach mehrstündiger Tätigkeit konnten die Jüde der Wehr wieder abrücken. Die Charlottenburger Feuerwehr hatte einen gefährlichen Kellerbrand in der Windscheidstraße 4 zu löschen, wo eine Menne Prekthofen und Ritzen um in Brand geraten waren, und starker Qualm das Haus mit den Bewohnern arg belästigte. In einem Vorgerraum Köpenicker Straße 28 hatten sich durch Fahrlässigkeit lose aufbewahrt Filme entzündet. Es gelang dem 5. Löschzug, die große Gefahr schnell zu beseitigen.

Die Kunstgemeinde Treptow veranstaltet am Dienstag, 18. d. M., abends 8 Uhr, in der Aula des Rechenamts Oberschöneweide, Juppelwittrake, einen Kunstabend in Form eines gemächlichen Abends als Berliner Dichtungen und Lieder. Mitwirkende: Frau Dr. Klara Frei (Weber zur Lande), Herr Dr. Gustav Hans (Portrat und Plastiken), Doppelquartett des Madriall-Hors (Dir.: Prof. Dr. Karl Thiel). Eintrittskarten mit Programm und Willkommenskarten in den bekannten Buchläden zum Preise von 20 Goldpfennigen für Mitglieder und 30 Goldpfennigen für Gäste. Saalöffnung 7 Uhr.

### Schweres Erdbeben in Columbien.

#### Fast 100 Tote, über 250 Verwundete.

Eine große Anzahl Personen wurde bei einem Erdbeben in der Nähe von Cumbal (Columbien) an der Grenze von Equador getötet und verwundet. In Cumbal wurden bisher 85 Leichen unter den Trümmern hervorgezogen. Die zur Stadt führenden Straßen sind durch diese Erdrisse versperrt. Man kann sich noch kein genaues Bild über die Ausdehnung der Katastrophe machen. Eine weitere Meldung besagt, daß durch das Erdbeben die beiden Städte Cumbal und Chiles völlig zerstört sind. Bisher wurden fast 100 Tote und etwa 250 Verwundete gezählt. Die beiden Vulkanen bei Cumbal und Chiles sind in voller Tätigkeit.

Die Erdbebenshäden in Japan. Die Gesamtschäden durch die häufigen Erdbeben in Japan belaufen sich nach einer Mitteilung des japanischen Finanzministers auf 7 bis 10 Milliarden Yen.

### Ein Banditenanschlag.

Banditen versuchten auf der Strecke Randzjin-Oderberg bei Kilometer 14,3 zwischen den Stationen Dziergowitz und Raiborhammer einen Zug zur Entgleisung zu bringen, anschließend um ihn zu berauben. Sie lösten von einem Schienenstrang die Böden sowie die Hafenschräuben der Schwellen und legten unter die Schienen einige Klemmplatten, so daß die Schienen hochstanden. Ein vorbeifahrender Lokomotivführer bemerkte und merkte die Gleisführung. Auf einer Lokomotive zum Torort entzündete Beamte setzten einen Polizeihund auf die Spur der Täter, der sie bis Colornia verfolgte. Die nachfolgenden Züge wurden umgelenkt.

Deutsch-französischer Fußballkampf in Leipzig. Das „Echo de Paris“ meldet aus Mainz, daß sich zum ersten Male seit Einstellung der Feindseligkeiten im kommenden Monat eine deutsche Fußballmannschaft mit einer französischen Fußballmannschaft im Leipziger Stadion messen wird.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

18. Sept. Heute abend, 7 1/2 Uhr, Frauenabend im Jugendheim, Weitestraße.

